

N I E D E R S C H R I F T

über die 11. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses der Stadt Gummersbach vom 02.02.2023 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

1. Stellv. Vorsitzender Benjamin Stamm

Mitglieder

Stadtverordneter Reinhard Elschner

Stadtverordnete Claudia Anette Stevenson

Stadtverordneter Bastian Frölich

Stadtverordneter Jakob Löwen

Stadtverordneter Uwe Schneevogt

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

sachkundiger Bürger Sven Falk

sachkundiger Bürger Christian Weiss

Vertretung für Herrn Axel Blüm

Stadtverordnete Roswitha Biesenbach

2. stellv. Vorsitzender Konrad Gerards

Stadtverordneter Bernd Rummler

Stadtverordnete Elke Wilke

Stadtverordneter Diyar Agu

Verwaltung

Erster Beig. Raoul Halding-Hoppenheit

StOVwR Georg Hermes

Technischer Beigeordneter Jürgen Hefner

StOI Marcus Reichel

Entschuldigt:

Vorsitz

Vorsitzender Axel Blüm

Die Niederschrift führt: Marcus Reichel

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:26 Uhr

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

T a g e s o r d n u n g

Der Vorsitzende erläutert die Notwendigkeit, die Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte 5.6 und 5.7 zu erweitern und lässt über deren Zulassung abstimmen.

Der Erweiterung der Tagesordnung um die vorgenannten Tagesordnungspunkte wurde einstimmig beschlossen.

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Bericht Wirtschaftsförderung
- TOP 3 Aktuelle Haushaltsentwicklung
- TOP 4 Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Gummersbach (Wettbürosteuersatzung)
Vorlage: 05078/2023
- TOP 5 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023
- TOP 5.1 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für das Pilotprojekt CarSharing
Vorlage: 05073/2023
- TOP 5.2 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Wilhelm-Breckow-Allee - Albert-Schweizer-Platz - Dr. Ottmar-Kohler-Straße - 3.BA
Vorlage: 05074/2023
- TOP 5.3 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für "KAG Maßnahmen"
Vorlage: 05075/2023
- TOP 5.4 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Hochhaus Dieringhausen
Vorlage: 05076/2023
- TOP 5.5 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften
Vorlage: 05077/2023
- TOP 5.6 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Erweiterung Grundschule Derschlag
Vorlage: 05083/2023
- TOP 5.7 Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln und vorzeitige Ermächtigungsübertragung für das Jahr 2023 für die Maßnahme Erweiterung Grundschule Bernberg
Vorlage: 05084/2023
- TOP 6 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Die Niederschrift wurde somit einstimmig angenommen.

TOP 2

Bericht Wirtschaftsförderung

Die Stabsstelle für Breitbandausbau, Digitalisierung und Wirtschaftsförderung, Herr Grebner, trägt zum aktuellen Stand des Breitbandausbaus in Gummersbach vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Auf Rückfrage der Linken erläutert er, dass nach dem laufenden Breitbandausbau keine Haushalte mehr über Anschlüsse mit nur 16 Mbit/s oder weniger verfügen werden.

TOP 3

Aktuelle Haushaltsentwicklung

Haushaltsjahr 2023

Produktbereich 16 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Im Bereich der Gewerbesteuer fehlen mit aktuell 35,4 Mio. € noch rund. 3 Mio. € zum Haushaltsansatz. Für den frühen Zeitpunkt im Jahr ist dies ein gutes Ergebnis. Das Erreichen des Haushaltsansatzes ist damit auch ohne Sondereffekte möglich. Der Ansatz liegt bei 38,48 Mio. €.

Aufgrund des mit dem Gesetzentwurf angekündigten neuen Zinssatzes von 1,8% wurden die Haushaltsansätze für die Nachzahlungs- und Erstattungsinsen bereits deutlich reduziert. Die technische Umsetzung durch die regio iT ist leider noch nicht realisiert, so dass bislang noch keine Bescheide erstellt werden konnten. Die finanziellen Auswirkungen können dementsprechend momentan noch nicht eingeschätzt werden.

Im Bereich der Grundsteuer B fehlen aktuell noch rd. 395 T€ zum Haushaltsansatz. Der Ansatz liegt bei 10,19 Mio. €.

Aufgrund der aktuellen Veranlagungen in der Vergnügungssteuer sollte der wieder etwas erhöhte Haushaltsansatz von 300 T€ erreicht werden.

Die Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer wird in der nächsten Ratssitzung aufgehoben. Es wurde daher kein Haushaltsansatz gebildet.

Bei der Hundesteuer wird der gegenüber den Vorjahren um 10 T€ erhöhte Haushaltsansatz von 360 T€ bereits um 1.000 € überschritten. Weiterhin werden laufend neue Hunde angemeldet.

Mit aktuell 78.800 € ist der Haushaltsansatz von 85 T€ für die Zweitwohnungssteuer noch nicht ganz erreicht. Nach den Erfahrungen der Vorjahre könnte der Haushaltsansatz jedoch erreicht werden.

Zum Finanzausgleich kann angemerkt werden, dass Schlüsselzuweisungen mit etwa 70 T€ geringer festgesetzt wurden, als in der Modellrechnung mitgeteilt. Der

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Haushaltsansatz für die Schlüsselzuweisungen beträgt 19,24 Mio. €. Für eine Einschätzung zur Entwicklung der Gemeindeanteile an Umsatz- und Einkommenssteuer, ist die Mai-Steuerschätzung abzuwarten. Der Haushaltsansatz für die Umsatzsteuer beträgt 7,4 Mio. €. Für die Einkommensteuer beträgt der Ansatz 24,84 Mio. €.

Die Kreisumlage wird infolge der Mindererträge bei den Schlüsselzuweisungen und einer leicht korrigierten Steuerkraft um ca. 110.000 € unter dem kalkulierten Ansatz von 39,55 Mio. € liegen.

Aufgrund der weiter anstehenden Zinserhöhungen der EZB ist damit zu rechnen, dass der Haushaltsansatz für die Kassenkreditzinsen nicht auskömmlich sein wird. Unter Berücksichtigung der Zinsen für Investitionskredite kann insgesamt das Budget wahrscheinlich eingehalten werden. Der Ansatz für die Kassenkreditzinsen liegt bei 1,48 Mio. €.

Eine Prognose zur Entwicklung des Jahresergebnisses ist zu einem so frühen Zeitpunkt im Jahr noch nicht möglich.

Auch das aktuelle Haushaltsjahr ist in verschiedenen Bereichen von den Auswirkungen des Ukraine-Krieges beeinflusst. Im Bereich Asyl sind die Aufwendungen und Erstattungen für die Aufnahme und Betreuung der geflüchteten Menschen schwierig einzuschätzen. Gleiches gilt für Kindertagesbetreuung und Schule, aber auch die Mieten und Energiekosten für die Unterbringung der Menschen.

Positiv zu bewerten ist momentan noch die Entwicklung der Gewerbesteuer. Insofern waren die negativen Auswirkungen der Corona-Krise, des Ukraine-Krieges und der gestiegenen Energiekosten deutlich geringer als zunächst angenommen. Hier bleibt die weitere Entwicklung abzuwarten.

Aufgrund des stark steigenden Zinsniveaus ist die Entwicklung der Liquiditätskredite kritisch zu beobachten. Die höheren Energiekosten belasten durch die Möglichkeit der Isolierung zwar nicht den Haushaltsausgleich, werden jedoch die Liquiditätssituation stark belasten.

Das aktuelle Volumen der langfristigen Kredite beträgt rund 67,7 Mio. €. Das Volumen der kurzfristigen Kredite beläuft sich aktuell auf rund 45,0 Mio. €.

Die starke Verbesserung der Liquidität in 2022 resultiert aus Schlüsselzuweisungen von 30 Mio. € und 45 Mio. € Gewerbesteuereinnahmen, den letzten Zahlungen für Schlüsselzuweisungen und Einkommensteuer im Dezember 2022, den erhaltenen Landesmitteln aus der Städtebauförderung und die Sondermittel für die „Krisenbewältigung Corona-Pandemie“ sowie einer Kreditaufnahme in Höhe von 5 Mio. €.

Insgesamt ist eine Verbesserung des geplanten Haushaltsdefizites für 2023 auf rund 11,3 Mio. € zu verzeichnen.

Nach heutigem Stand der Entwicklung ist ein Haushaltssicherungskonzept nicht erforderlich, sofern die vom Bürgermeister bestätigten Entwürfe der Jahresabschlüsse 2021 und 2022 am 25.04.2023 dem Rat der Stadt vorgelegt werden.

Auf Nachfrage der Linken nach dem zukünftigen Anstieg der Kassenkredite erläutert der Kämmerer, dass diese in 2024 voraussichtlich bei rund 70,0 Mio. € liegen und bis 2027 weiter steigen werden, den Kreditdeckel aber wohl nicht erreichen.

TOP 4

Aufhebung der Satzung über die Erhebung einer Wettbürosteuer in der Stadt Gummersbach (Wettbürosteuersatzung)

Vorlage: 05078/2023

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die Aufhebungssatzung zur Satzung vom 22.03.2018 über die Erhebung einer Wettbürosteuersatzung in der Stadt Gummersbach.

TOP 5

Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023

Der Kämmerer erläutert die Notwendigkeit einer vorzeitigen Freigabe von Haushaltsmitteln. Der Haushalt für das Jahr 2023 wurde am 30.11.2022 eingebracht. Der Beschluss durch den Rat der Stadt wird jedoch erst in der Sitzung am 25.04.2023 erfolgen. In den vergangenen Jahren erfolgte sowohl die Einbringung des Haushaltes als auch der Beschluss durch den Rat der Stadt noch vor Ablauf des jeweils vorhergehenden Kalenderjahres. Bis zur Genehmigung des Haushaltes unterlag die Stadt daher der vorläufigen Haushaltsführung. Eine solche besteht auch in der aktuellen Situation der verspäteten Beschlussfassung. Als Budgetverantwortlichem obliegt es dem Rat der Stadt jedoch, die Entscheidung über bestimmte Maßnahmen vorzuziehen.

TOP 5.1

Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für das Pilotprojekt CarSharing

Vorlage: 05073/2023

Der Technische Beigeordnete erläutert das Pilotprojekt CarSharing.

Seitens der Linken wird CarSharing grundsätzlich, insbesondere in der aktuellen Haushaltssituation nicht als sinnvoll angesehen. Vielmehr sollten die vorgesehenen Haushaltsmittel eine andere Verwendung, z.B. zur Investition im öffentlichen Nahverkehr, finden.

Seitens der Grünen wird das Projekt ausdrücklich begrüßt.

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 12 Nein 2

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für das Pilotprojekt CarSharing in Höhe von bis zu 30.000 € (20.000 € im Investitionsprogramm und 10.000 € auf dem Produkt 1.09.02.01).

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

TOP 5.2**Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Wilhelm-Breckow-Allee - Albert-Schweizer-Platz - Dr. Ottmar-Kohler-Straße - 3.BA****Vorlage: 05074/2023**

Der Technische Beigeordnete erläutert die vorgenannte Sanierungsmaßnahme.

Auf Nachfrage der FDP geht er davon aus, dass die freizugebenen Haushaltsmittel ausreichen werden, da nicht mit weiter stark überhöhten Preisen in der Baubranche zu rechnen ist. Vielmehr zeichnet sich ab, dass die Preise für Bauleistungen tendenziell wieder sinken werden.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Wilhelm-Breckow-Allee – Albert-Schweizer-Platz – Dr. Ottmar-Kohler-Straße in Höhe von bis zu 1.520.000 € € (320.000 € auf dem Projekt 5.000402 und 1.200.000 € auf dem Projekt 4.000024).

TOP 5.3**Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für "KAG Maßnahmen"****Vorlage: 05075/2023**

Der Technische Beigeordnete erläutert die vorgenannte Sanierungsmaßnahme.

Auf Nachfrage der FDP ist zum jetzigen Zeitpunkt davon auszugehen, dass für die Maßnahmen durch das Land NRW Fördermittel bereitgestellt werden. Ein gewisses Restrisiko bleibt jedoch bestehen.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für „KAG Maßnahmen“ in Höhe von bis zu 1.185.000 € (auf den Projekten 5.000347 „An der Höhe“ 550.000 €, 5.000486 „Hammerstraße“ 385.000 € und 5.000485 „Eichholzweg“ 250.000 €).

TOP 5.4**Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Hochhaus Dieringhausen****Vorlage: 05076/2023**

Der Technische Beigeordnete erläutert die vorgenannte Baumaßnahme.

Ergänzend teilt der Kämmerer die folgenden Schülerzahlen der Grundschule Dieringhausen mit:

Schuljahr 2021/22: 261 Schüler, davon 129 in OGS und Betreuung 08.00 – 13.00 Uhr

Schuljahr 2023/24: 316 Schüler, davon 178 in OGS und Betreuung 08.00 – 13.00 Uhr

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Auf Nachfrage der FDP teilt er darüber hinaus mit, dass die Mittel der Schulpauschale nicht für sämtliche Investitionen ausreichen und daher auch eine Kreditaufnahme erforderlich ist.

Auf Nachfrage der Grünen wird durch die Verwaltung erläutert, dass durch die Baumaßnahme 4 neue Räume zuzüglich Sanitärbereichen entstehen.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Hochhaus Dieringhausen in Höhe von bis zu 900.000 € (Projekt 5.000021).

TOP 5.5

Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften

Vorlage: 05077/2023

Der Technische Beigeordnete erläutert die vorgenannte Investitionsmaßnahme.

Auf Nachfrage der FDP erläutert er, dass es sich bei einem Balkonkraftwerk um eine an einem Balkongeländer anzubringende Solaranlage handelt. Hiermit wird mittels Stecker und Steckdose der Strom direkt in das häusliche Stromnetz eingespeist.

Die von den Grünen erbetene Angabe über den Umfang der durch die geplanten Photovoltaikanlagen erzeugten Stromleistung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtischen Liegenschaften in Höhe von bis zu 150.000 € (Projekt 5.000482).

TOP 5.6

Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Erweiterung Grundschule Derschlag

Vorlage: 05083/2023

Der Technische Beigeordnete erläutert die vorgenannte Baumaßnahme.

Ergänzend teilt der Kämmerer die folgenden Schülerzahlen der Grundschule Derschlag mit:

Schuljahr 2021/22: 176 Schüler, davon 76 in OGS und Betreuung 08.00 – 13.00 Uhr

Schuljahr 2023/24: 186 Schüler, davon 95 in OGS und Betreuung 08.00 – 13.00 Uhr

Auf Nachfrage der Linken wird mitgeteilt, dass es sich bei der geplanten Maßnahme, im Gegensatz zu einem Umbau des bestehenden Schulgebäudes, um die schnellste und kostengünstigste Variante handelt. Bei dem vorgesehenen Bau handelt es sich um ein Gebäude in Modulbauweise, welche von der Schule explizit gewünscht wird. Eine bauliche Erweiterung des Schulgebäudes selbst ist aus bautechnischen Gründen nicht möglich.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 für die Maßnahme Erweiterung Grundschule Derschlag in Höhe von bis zu 350.000 € (Projekt 5.000430.700.305).

TOP 5.7

**Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln und vorzeitige Ermächtigungsübertragung für das Jahr 2023 für die Maßnahme Erweiterung Grundschule Bernberg
Vorlage: 05084/2023**

Der Technische Beigeordnete erläutert die vorgenannte Baumaßnahme.

Ergänzend teilt der Kämmerer die folgenden Schülerzahlen der Grundschule Bernberg mit:

Schuljahr 2021/22: 217 Schüler, davon 116 in OGS und Betreuung 08.00 – 13.00 Uhr

Schuljahr 2023/24: 288 Schüler, davon 148 in OGS und Betreuung 08.00 – 13.00 Uhr

Auf Nachfrage der Grünen wird erklärt, dass der zu errichtende Pavillon in Modulbauweise insgesamt zwei neue Räume umfassen wird.

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig empfohlen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt für die Maßnahme Erweiterung Grundschule Bernberg (Projekt 5.000430.700.304) die vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Jahr 2023 in Höhe von bis zu 330.000 € und stimmt der vorzeitigen Ermächtigungsübertragung in Höhe von bis zu 230.000 € aus dem Haushaltsjahr 2022 in das Jahr 2023 zu.

TOP 6

Mitteilungen

Die Verwaltung informiert über die folgenden Themen:

Finanzielle Hilfen des Landes NRW im Rahme der Corona-Pandemie

Die Stadt Gummersbach erhält laut Mitteilung des MHKBD NRW vom 16.12.2022 eine weitere Zahlung in Höhe von rund 1,1 Mio. € aus Sondermitteln für die „Krisenbewältigung Corona-Pandemie“.

Rückerstattungen von FlüAG-Pauschalen an das Land NRW

Die Prüfung der Bezirksregierung für 2019 hat ergeben, dass die Stadt rund 63.000 € zurückerstatten muss. Die Rückzahlung ist erfolgt. Das Land hatte zunächst 205.000 € gefordert, insoweit aber unsere Korrektur vollumfänglich akzeptiert und den Betrag reduziert.

Grundsteuerreform

Die Verwaltung berichtet über den Fortgang der eingereichten Grundsteuererklärungen im Rahmen der laufenden Grundsteuerreform. Derzeit liegen mit insgesamt 4,7 Mio. Erklärungen rund 70% der benötigten Erklärungen bei den nordrhein-westfälischen

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Finanzämtern vor. Im Gegensatz zum Bundesland Bayern wird für Nordrhein-Westfalen keine weitere Fristverlängerung zur Abgabe der Grundsteuererklärungen stattfinden. Vielmehr werden die säumigen Erklärungspflichtigen nunmehr mit einem einmaligen Erinnerungsschreiben nochmals zur Abgabe aufgefordert. Für die Finanzverwaltungen besteht darüber hinaus die Möglichkeit zur Festsetzung von Verspätungszuschlägen und Zwangsgeldern.

Verpackungssteuer

Der Kämmerer berichtet über den Fortgang im Verfahren der Stadt Tübingen. Zwischenzeitig ist die Stadt Tübingen vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim unterlegen. Auch der VGH sieht keine Gesetzgebungskompetenz für Kommunen und erklärt daher eine kommunale Verpackungssteuer für unzulässig. Es bleibt nunmehr die Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht am 24.05.2023 abzuwarten. Das Bundesverwaltungsgericht wird vermutlich die Auffassung des VGH Mannheim bestätigen. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, wäre die Einführung einer Verpackungssteuer in der Stadt Gummersbach ggf. neu zu diskutieren.

gez.
Benjamin Stamm
Vorsitz

gez.
Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und
Stadtkämmerer

gez.
Marcus Reichel
Schriftführung